

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/77

Bonn, den 22. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

2 Für ein deutsches Abrüstungsamt 84

Weitere Verzögerung nicht mehr zu verantworten
Von Fritz Erler, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

3 - 5 Des Kanzlers fünfte Rolle 65

In Baden-Württemberg sucht Ludwig Erhard
Wahlkämpfer Strauß zu übertrumpfen
Von Herbert Bermeitinger

4 Nach reiflicher Überlegung 31

GdP-Kreisverband empfiehlt Beitritt zur SPD

5 - 6 Gelockerte Bande 86

Die italienischen Kommunisten im sowjetisch-chinesischen Konflikt
Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Für ein deutsches Abrüstungsamt

Weitere Verzögerung nicht mehr zu verantworten

Von Fritz Erler, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Militärische Anstrengungen und Abrüstungsbestrebungen sind die beiden Seiten der gleichen Medaille: unserer Sicherheit. Abrüstungsverhandlungen allein können noch kein Grund für die Verringerung militärischer Anstrengungen sein. Nur Maßnahmen auf Gegenseitigkeit, welche das weltpolitische Kräfteverhältnis auf einem geringeren Rüstungsstand aufrechterhalten, können zu einer Herabsetzung der Rüstungslasten führen. Die Verteidigungsanstrengungen selbst müssen so organisiert und so beschaffen sein, daß sie nicht künftige Vereinbarungen über die Begrenzung und Kontrolle der Rüstung unmöglich machen.

Über diesen engen Zusammenhang zwischen Sicherheit und Abrüstung werden in allen Ländern des Westens gründliche Untersuchungen angestellt. England, Frankreich und vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika verfügen über viele hochqualifizierte Spezialisten, welche nicht nur jeweils die eine Seite des zusammenhängenden Problems überblicken, sondern sowohl die Abrüstungsverhandlungen als auch die militärischen Anstrengungen bis in die Einzelheiten hinein kennen.

Wer die Abrüstungsverhandlungen beeinflussen will, ohne die Sicherheit des Bündnisses und damit die eigene Sicherheit zu gefährden, muß die technologische Entwicklung und die daraus sich ergebenden strategischen Konsequenzen, die finanziellen und wirtschaftlichen Konsequenzen sowohl der Rüstung als auch der Rüstungsbegrenzung, die Zusammenhänge zwischen den politischen Fragen, vor allem in Europa, und dem Rüstungsstand und natürlich auch die inneren Vorgänge in den beteiligten Ländern sorgfältig untersuchen, um klare Schlußfolgerungen ziehen zu können.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist dies noch wichtiger als für andere Länder, weil sowohl die Gestaltung unserer Verteidigungsbestrebungen als auch der Fortgang der Abrüstungsverhandlungen Konsequenzen für die weitere Entwicklung der deutschen Frage haben. Je nach der Art unserer eigenen Einwirkung kann es geschehen, daß der Status quo gefestigt und damit die Spaltung unseres Landes vertieft wird oder aber neue Ansätze für ein Gespräch über die allmähliche Verbesserung der deutschen Frage geschaffen werden. Deshalb muß die Bundesregierung dafür sorgen, daß ihr eigener Apparat zur Bearbeitung dieser vielschichtigen Probleme den Aufgaben entsprechend gestaltet wird. Ein Referat im Auswärtigen Amt und eine entsprechende Gegenstelle im Verteidigungsministerium reichen nicht einmal aus, um die internationalen Verhandlungen zu verfolgen, geschweige denn, die wissenschaftliche Diskussion zu verarbeiten. Dabei soll ja außerdem noch eine kritische Beurteilung der von anderen Ländern gemachter Vorschläge das Ziel sein und vor allem die Entwicklung deutscher geistiger und politischer Beiträge zu dem gesamten Fragenkomplex. Wir werden unsere politischen Probleme nur dann in der geeigneten Weise in die Diskussion bringen können, wenn wir nicht lediglich Gedanken anderer kritisieren, sondern positiv zeigen, wie man die Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle fördern und gleichzeitig damit die deutsche Frage positiv beeinflussen kann.

Zu diesem Zweck braucht die Bundesregierung ein Abrüstungsamt, das die Dinge nicht nur unter dem Gesichtspunkt eines einzelnen Ressorts behandelt, sondern die Vielfalt der Fragen übersieht und den Dienststellen der Bundesregierung seine Ergebnisse zur Verfügung stellt. Die politische Verantwortung der Regierung muß ungeschmälert erhalten bleiben. Das Abrüstungsamt wird nur dann seine Aufgaben erfüllen können, wenn die wissenschaftlichen Hilfsquellen außerhalb der Bundesregierung erschlossen und für seine Arbeit nutzbar gemacht werden.

Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion zur dritten Beratung des Haushaltsgesetzes 1964 einen Entschließungsantrag mit folgendem Wortlaut eingebracht:

- * "Die Bundesregierung wird beauftragt, ein Abrüstungsamt zu er-
- * richten.
- * Das Amt hat die Aufgabe, die vielfältigen Probleme, die sich
- * aus den Zusammenhängen zwischen militärischer Sicherheit,
- * ausserpolitischen Fragen, Wirtschaftsproblemen und technolo-
- * gischer Entwicklung und den verschiedenen Möglichkeiten der
- * Abrüstung, der Rüstungsbegrenzung und der Rüstungskontrolle
- * ergeben, laufend zu untersuchen. Es soll der Bundesregierung
- * die Beurteilung der Vorschläge anderer Länder auf dem Gebiet
- * der Abrüstung und der Rüstungskontrolle erleichtern und deut-
- * sche Vorschläge auf dem genannten Gebiet entwickeln.
- * Das Amt bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben der Ein-
- * richtung der Bundesregierung und der vorhandenen oder zu die-
- * sem Zweck auch neu zu schaffenden unabhängigen Forschungsein-
- * richtungen. Es untersteht der Verantwortung der Bundesregie-
- * rung."

Der Antrag wurde den zuständigen Ausschüssen des Bundestages zur Beratung überwiesen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion erwartet, daß die Ausschüsse sich bald mit ihm befassen und dem Plenum des Bundestages geeignete Vorschläge unterbreiten. Die Sache ist für unser Volk und seine Zukunft so wichtig, daß eine weitere Verzögerung nicht zu verantworten wäre.

Die Sozialdemokraten haben diese Forderung schon seit Jahren erhoben, ohne bisher bei der Bundesregierung ein Echo zu finden. Hoffentlich ändert sich das jetzt, nachdem die Notwendigkeit einer verstärkten deutschen Einschaltung auf diesem Gebiet von niemandem bestritten worden ist.

22. April 1964

Des Kanzlers fünfte Rolle

In Baden-Württemberg sucht Ludwig Erhard
Wahlkämpfer Strauß zu übertrumpfen.
Von Herbert Bermettinger

Willy Brandt hat, wenn man so will, drei Ämter. Er ist der Regierende Bürgermeister des freien Berlin, er ist der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und gleichzeitig der Kanzlerkandidat seiner Partei. Das ist bekannt, es ist oft genug darüber geschrieben worden. Der Wahlkampf in Baden-Württemberg hat nun aber - und das ist vielleicht weniger bekannt - auch recht deutlich gemacht, daß auch Ludwig Erhard keineswegs nur der derzeit antretende Bundeskanzler ist. Er ist Mitglied des Parteipräsidiums der CDU, er darf gewiß auch als Kanzlerkandidat der CDU/CSU für 1965 angesprochen werden und, er ist in seiner vierten Rolle auch noch Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Ulm-Heidenheim. Als er in dieser Eigenschaft vor knapp vierzehn Tagen erstmals aktiv in den südwestdeutschen Wahlkampf eingriff, erinnerte man sich an diese vierte Position des Bundeskanzlers. Da er in Ulm und Heidenheim aber in ganz ungewöhnlicher Weise aus jener Rolle fiel, die ein Staatsmann auch in den Bereichen der Innenpolitik (selbst in Wahlkampfzeiten) noch spielen sollte, wurde gleich auch die fünfte Rolle sichtbar, die der "Volkskanzler" offenbar anstrebt: die Rolle des demagogischen Wahlkämpfers Nr. 1, die die CDU auf ihrem Parteitag in Hannover noch dem Ex-Verteidigungsminister und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß - unter stürmischem Applaus - zugestimmt hatte.

Da der Kanzler seine fünfte Rolle, zumindest bis zum nächsten Sonntag, dem baden-württembergischen Wahltermin, recht ernst nimmt und sich an greulicher Fetzte gegen die SPD von Stadt zu Stadt geradezu überschlägt, dürfte Erhard seinen "Bayernkarrier" (der in Baden-Württemberg auch mit mäßigem Erfolg aufgetreten ist) schon übertrumpft haben.

In Baden-Württemberg geht zur Zeit auch die Kunde, Kanzler Erhard habe für die Bundesrepublik eine neue Weltmeisterschaft errungen: die des größten Ich-Sagers aller Zeiten! Oder, wie andere sagen, die Weltmeisterschaft in Selbstbeweihräucherung und Selbstherrlichkeit, was sogar eine Kombinationsmeisterschaft darstellt. Es gibt - nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in Bonn - Leute, die sich die Zeit nehmen, Erhard-Reden zu lesen, um festzustellen, wie oft Erhard von sich und seinen Leistungen spricht, neben denen weder Alt-Kanzler Adenauer, noch die CDU/CSU Platz findet.

In Crailsheim beispielsweise hat Erhard, wie Günter Gaus in der "Süddeutsche Zeitung" berichtete, seine Partei, die CDU, gerade noch beifällig erwähnt, so daß die etwas erschrockenen CDU-Begleiter daneben zum Ministerialdirektor avancierten Kanzler-Lutinus Hohmann diskost darauf aufmerksam machten, daß in Baden-Württemberg Landtagswahlen stattfinden.

Ob es die vielen Erhardschen Rollen sind, die dazu beigetragen haben, daß der sichtbar nervös und unsicher gewordene Kanzler überall dort, wo er keinen Ich-bezogenen Blick in die Vergangenheit wirft, sich des Vokabulars der Sozialdemokraten bedient? Das stellte ebenfalls Günter Gaus fest: "... daß Erhard mindestens einen Teil des sozialdemokratischen Vokabulars bewußt oder unbewußt übernommen hat. Auch er spricht von den Gemeinschaftsaufgaben, und vielfach wirken diese Passagen seiner Rede nur wie eine Replik auf Willy Brandts Kundgebungen:

eine Koplik, aus deren Schwäche sich Erhard gern in einen Rückblick in die Vergangenheit flüchtet."

Offenbar hat noch niemand Zeit und Mut gefunden, der Mann mit den fünf Rollen darauf aufmerksam zu machen, daß auf allen Plakaten der CDU in Baden-Württemberg, auch auf dem Erhard-Plakat - die von den Sozialdemokraten übernommene Wahllosung steht: "Zielbewußt in eine gute Zukunft!"

Willy Brandt, der bisher vor rund 160 000 baden-württembergischen Wählern gesprochen hat, wird sich von der Nervosität Erhards nicht anstecken lassen: Er wird bis in die Schlußphase des Wahlkampfes dabei bleiben, für die Gemeinschaftsaufgaben des deutschen Volkes, für die Mitarbeit mündiger Bürger in den Parteien, für die Aufgaben von morgen zu werben. Den Namen Erhard und die Parteibezeichnung der Christlichen Demokraten, die Brandt auf den meisten seiner über 40 Veranstaltungen noch gar nicht in der Mund genommen hat, wird Berlins Regierender Bürgermeister auch jetzt nicht überstrapazieren. Oder nur so, wie er es in Heidenheim tat, wo Erhard erstmals den "Holzhammer" geschwungen hatte. Erhard hatte dort behauptet, das Proletariat sei gegen den Willen der Opposition abgeschafft worden, die er außerdem als "dumm", "unwahrhaftig" und "verlogen" bezeichnete. Er hatte auch erklärt, die Sozialdemokraten wollten ihm sein (ehrliches) politisches Gesicht zerkratzen und seine (weiße) Weste beschmutzen. Dazu stellte Willy Brandt, ebenfalls in Heidenheim, unter tosendem Beifall fest:

1. In seiner Regierungserklärung vom Oktober hat Erhard erklärt, Wohlstand und Prosperität seien den Bemühungen des ganzen Volkes zu verdanken. Dabei sollte man es auch belassen.
2. Man darf nicht im Bundestag den feinen Mann spielen und in Ulm oder Heidenheim aus der Rolle fallen.
3. Wer s o schimpft, der gerät in Gefahr, sich sein politisches Gesicht und seine Reputation selbst zu zerkratzen.

In übrigen hat Willy Brandt, gerade nach seinen Besuchen in den Kreisen Ulm und Heidenheim, die Überzeugung gewonnen, daß die Wähler am kommenden Sonntag in Baden-Württemberg Haß halten werden: nämlich bei der Stimmabgabe für die CDU. Und das ist es wohl, was Erhard so nervös macht.

+ + +

Nach reiflicher Überlegung

GdP-Kreisverband empfiehlt Beitritt zur SPD

Der Vorstand der Gesamtdeutschen Partei des Landkreises Grafenau gab am Sonntag in einer Versammlung in Schönberg die Auflösung des Kreisverbandes bekannt. Er empfahl gleichzeitig den Mitgliedern, in die SPD einzutreten. Der größte Teil des Vorstandes und zahlreiche Mitglieder des früheren GdP-Kreisverbandes Grafenau haben der Empfehlung bereits Folge geleistet und den Beitritt zur SPD vollzogen.

Der Landesvorsitzende der SPD, Volkmar Gabert, begrüßte in der Versammlung in Schönberg diese Entscheidung. Sie beweise, daß die ehemaligen Anhänger der GdP sehr wohl imstande seien, die praktische Politik der Parteien richtig zu beurteilen und daß sie nicht bereit seien, sich durch Verhandlungen ihrer Landesvorsitzenden der CDU einzuordnen. Zur Versammlung sprachen auch der neugewählte SPD-Landrat Karl Beyer, MdL, und der SPD-Abgeordnete Waldemar Kluge.

Die SPD rechnet damit, daß sich die Mitgliedschaft der Gesamtdeutschen Partei in anderen Kreisen Bayerns in ähnlicher Weise entscheiden wird.

+ + +

Gelockerte Bande

Die italienischen Kommunisten im sowjetisch-chinesischen Konflikt
Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Die italienischen Kommunisten haben sich nach den XX. Kongreß der KPdSU wohl wie keine andere westeuropäische Schwesterpartei gewandelt. Allein die Tatsache, daß sich heute in der KPI verschiedene "Strömungen" und "Flügel" unterscheiden lassen - der linke unter Ingrao, der rechte unter Amendola - ist ein klarer Beweis dieser Wandlung. Die Führung, mit Togliatti an der Spitze, ist jedoch dieselbe geblieben.

Wenn es auch in Kommunisten nahestehenden Kreisen vermieden wird, gewisse innerparteiliche Diskussionen zuzugeben, so hat doch der Bruch zwischen Moskau und Peking im kommunistischen Lager Italiens hohe Wellen geschlagen. Unter dem einfachen Parteivolk wird vielleicht mehr darüber debattiert als man es an der Parteispitze wahrhaben möchte, und die These, daß die Kader der KPI sich "verbürgerlicht" oder "sozialdemokratisiert" hätten, ist nicht selten zu vernehmen.

Vielleicht gerade weil man an der Spitze fühlt, daß zusammen mit den stalinistischen Methoden auch die bequeme starre Parteidisziplin jener Zeit verschwunden ist, versucht man an oberster Stelle die wahre Diskussion über die grundlegende Kontroverse zwischen Mao und Chruschtschow hinauszuschieben. Die aus gesundheitlichen Gründen Togliatti empfohlene mehrwöchige Ruhepause - es handelt sich durchaus nicht um eine diplomatische Krankheit - kommt der KPI sehr gelegen.

Überwiegende Mehrheit für Chruschtschow

Es bestehen keine Zweifel darüber, daß die überwiegende Mehrheit der kommunistischen Führungsschicht die Thesen Chruschtschows gegen diejenigen Maos unterstützt, und durchaus nicht allein aus taktischen Gründen. Ganz besonders auf Grund der innenpolitischen Entwicklung des Landes wäre die Anwendung der Aufstands-Theorien Pekings ein wahrer Unsinn. Aber nach Moskau gehen, (und sei es auch nur zur Feier des 70. Geburtstag Chruschtschows), mit der eigenen Anwesenheit eine neue Verurteilung gegen Mao unterstreichen, hätte bei vielen italienischen Parteigängern den Eindruck erweckt, als sei die Autonomie der Partei, der italienische Weg zum Sozialismus lediglich ein leerer Begriff, denn es werde doch wieder, wie unter Stalin, die Oberhoheit Moskau anerkannt. Deshalb hat die KPI in den letzten Monaten etliche Schritte unternommen, um die russischen Genossen zu veranlassen, von einer internationalen Konferenz abzusehen. Gomulka war in dieser Hinsicht der beste Alliierte.

"Italienische Chinesen"

Wie stark ist die prochinesische Tendenz in der kommunistischen Partei Italiens? Bezieht man sich auf die sogenannten "Aktivisten" der Partei - die in der überwiegenden Mehrheit, im Gegensatz zu dem was allgemein angenommen wird - nicht zu den besoldeten Funktionären gehören, so darf behauptet werden, daß die "Chinesen" darunter eine verschwindende Minderheit darstellen. Dies schließt jedoch eine allgemeine Kritik gegenüber Chruschtschow nicht aus. Nicht so sehr der offene Bruch mit Peking wird diesem vorgeworfen, als die Art und Weise seiner Polemik; z.B. die Gleichung: Chinesen gleich Nationalsozialisten, wird ganz allgemein mit Entrüstung abgelehnt; ebenso die "alizu eifrigen"

Ichreden: in Bezug auf die Vereinigten Staaten.

Unter den jüngeren Generationen - ganz besonders den Intellektuellen dagegen - ist eine gewisse Sympathie zu Maos politischer Linie nicht abzustreiten. Trotz aller Kritik gegenüber der eigenen Parteileitung - diese wird beschuldigt "transformistisch und revisionistisch" zu sein - wählen diese italienischen "Chinesen" nach wie vor kommunistisch. Wie bekannt ist die Zahl der eingeschriebenen Parteimitglieder in erheblichem Maße zurückgegangen, während die Zahl der kommunistischen Wähler zugenommen hat. Dies läßt jedoch den Schluß nicht zu, es handle sich nur um "Chinesen", welche das Parteibuch nicht erneuern; denn u. a. ist ein Rückgang der Parteimitglieder auch in anderen Parteien des Landes zu verzeichnen; es liegen dieser Erscheinung andere, mehr psychologische als politische Erklärungen zugrunde. Aber die Entscheidung vor die sich heute die italienischen Kommunisten gestellt sehen - und die weit tiefer geht als bloß zwischen Mao und Chruschtschow zu wählen - ist alles andere als einfach. Und es ist auch fraglich, ob es Togliatti nochmals gelingen wird - wie so oft - das Hindernis zu überwinden ohne in seiner Partei einen gefährlichen Riss zu verursachen.

Angeschlagenes Prestige Togliatti

Koch nie war das Prestige Togliattis so angetastet wie heute innerhalb der KPI. Man erkennt ihn nicht mehr wie zur Zeit Stalins an, als der Persönlichkeitskult auch hier wilde Blüten trieb; den absolut Unfehlbaren. Seine Wandlung, besonders gegenüber Tito, ist nicht gut geschluckt worden. Auch wird ihm heute oft unter einfacher Parteigängern sogar vorgeworfen, die großen Schauprozesse überlebt zu haben. Diese Ansicht gipfelte im Vorwurf "überhaupt noch lebendig zu sein", wie sich ein alter Bauer aus der Toskana neulich ausdrückte.

Starker Wunsch nach Selbständigkeit

Innerhalb der KPI ist der Wunsch nach Selbständigkeit der Partei stark geworden und die Abneigung, nochmals sich einer "Kirche" anzuschließen, ebenso tief. Aber Togliatti weist, daß ein Kommunismus, der als ideologisches und politisches Hinterland nicht auf Sowjetrußland rechnen kann, bald in Schwierigkeiten geraten und die Parteeinheit gefährden könnte. Auf den Einwand, Tito habe diesen Schritt gewagt, antworten die italienischen Kommunisten, Tito habe damals die Macht in Händen gehabt, Togliatti nicht. Gemäß seinem altbewährten Rezept wird der italienische Parteisekretär es nochmals versuchen, die Frage der Autonomie der KPI und irgendeine Form von Bindung zu Moskau unter einen Hut zu bringen; es wird kein Leichtes Unterfangen sein. Aber die weittragende Bedeutung der Parteeinheit wird von allen italienischen Kommunisten in ihrem wahren politischen Wert erfaßt, so daß die Togliatti-Linie - im Namen der Parteeinheit - nochmals große Chancen hat, die Oberhand zu gewinnen. Diese Linie könnte so auslaufen, daß die KPI wohl Chruschtschow gegen die chinesische Richtungslinie unterstützt, es aber ablehnt, irgendeinem organisierten Pakt gegen China beizutreten.